

Abstimmungen vom 10. Juni 2018 Parolen der FDP Pratteln zu den eidgenössischen Vorlagen

Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»

NEIN

Risikant: Kein anderes Land hat jemals mit einem Vollgeld-System experimentiert. Nun soll die Schweiz als Versuchskaninchen missbraucht werden.

Teuer: Vollgeld verbietet den Banken, mit dem Geld auf Zahlungskonten zu arbeiten. Das verteuert Finanzdienstleistungen, Hypotheken und Kredite. Die Zeche zahlen Privathaushalte und KMU.

Gefährlich: Die Initiative zwingt die Nationalbank, neues Geld ohne Gegenwert in Umlauf zu bringen. Die SNB gerät damit unter enormen politischen Druck.

Nutzlos: Vollgeld hätte die Finanzkrise von 2008 nicht verhindert. Seither wurde die Bankenregulierung massiv verschärft.

Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS)

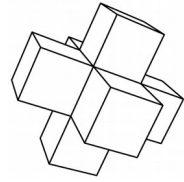
NEIN

Nein zu Internetzensur! Wird die Schweiz ein Zensurstaat? Mit dem neuen Gesetz werden künftig gewisse ausländische Anbieter von Geldspielen gesperrt. Was mit Online-Poker beginnt, kann schnell zu weiterer Zensur in den Bereichen Musik, Film, oder sogar Information führen.

Nein zu ungenügender Prävention bei Glückspiel! Das neue Geldspielgesetz hat die Anliegen von Experten für einen wirksamen Spielerschutz ignoriert. Anstatt ein visionäres und verantwortungsbewusstes Geldspielgesetz zu schaffen folgte das Parlament den Empfehlungen der nationalen Casino-Lobby.

FDP

Die Liberalen



Abstimmungen vom 10. Juni 2018

Parolen der FDP Pratteln zu den kantonalen Vorlagen

Änderung des Bildungsgesetzes (Stufenlehrpläne Volksschule)

JA

In den Stufenlehrplänen sollen Kompetenzen und Inhalte festgelegt werden.

Nicht formulierte Initiative «Stopp der Überforderung von Schüler/-innen: Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt»

NEIN

Die Abschaffung der bereits eingeführten zweiten Fremdsprache würde den Austritt aus dem „Harmos“ Konkordat für die Harmonisierung der Schulen in den Kantonen bedeuten.

Änderung des Bildungsgesetzes - Ersatz Bildungsrat durch Beirat Bildung

JA

Die Verantwortung für die Bildung soll beim vom Volk gewählten Regierungsrat sein, welcher auch dem Landrat verpflichtet ist. Ihm steht als Fachgremium der Beirat Bildung zur Seite.

Der heutige Bildungsrat ist nicht unpolitisch, da diverse Interessen- und Parteivertreter im Bildungsrat sind. Er entscheidet, ohne vor dem Volk für seine Entscheide die Verantwortung zu tragen.

Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes - Aufhebung der Gebührengrenze

NEIN

Eine Gebührenerhöhung wäre ein negatives Zeichen an Investoren bezüglich des Wirtschaftsstandorts Baselland.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt

aus Liebe zum Baselbiet.